dbb beamtenbund und tarifunion

Nr. 32 **29. August 2025**

Friedrichstraße 169
D-10117 Berlin

Verantwortlicher Redakteur
Michael Eufinger

Telefon 030.40 81-55 70
Telefax 030.40 81-55 99
presse@dbb.de
www.dbb.de

Inhalt

Beamtinnen und Beamte des Bundes
Geyer bei Dobrindt: Gute Gespräche über Besoldungserhöhung

Gespräch mit Verkehrsminister Schnieder
Im Sanierungsstau eine Rettungsgasse bilden

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein
Weihnachtsgeld: Verzögerungsbeschwerde in Karlsruhe eingelegt

Nordrhein-Westfalen
Kritik an Diskussion über Beamtenversorgung

Mecklenburg-Vorpommern
Bahnprobleme: Arbeitsplätze in Rostock müssen gesichert werden

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)
DB Cargo: Schließungen und Personalabbau hätte unübersehbare Folgen

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Kritik an Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom Elternhaus

Namen und Nachrichten

aktuell

Informationsdienst des dbb

Erscheint wöchentlich
Nachdruck honorarfrei
Quellenangaben erbeten

Beamtinnen und Beamte des Bundes
Geyer bei Dobrindt: Gute Gespräche über Besoldungserhöhung

Die Besoldung der Beamtinnen und Beamten des Bundes wird angehoben. Voraussichtlich im Dezember wird es Abschlagszahlungen geben.

Bundesinnenminister Alexander Dobrindt hat mit dbb-Chef Volker Geyer am 26. August 2025 erneut über die Besoldung beim Bund beraten. Kernthema war dabei die Übertragung des Tarifergebnisses aus dem April auf die Beamtinnen und Beamten des Bundes. Das Bundeskabinett soll am 3. September 2025 bereits Abschlagsauszahlungen im Vorgriff auf die Vorlage des notwendigen Gesetzes beschließen. Dies würde ermöglichen, dass die Bundesbeamtinnen und Bundesbeamten voraussichtlich im Dezember von den geplanten Besoldungserhöhungen profitieren. Damit ist der Weg geebnet, für eine Übertragung des Tarifergebnisses. Es sind folgende Schritte vorgesehen: ab April 2025 um 3,0 Prozent und ab Mai 2026 um 2,8 Prozent.

Es ist beabsichtig, dass ein entsprechendes Gesetz zur Übertragung im Herbst im Verbund mit einem Gesetz zur amtsangemessenen Alimentation im Bundesbereich vorgelegt wird. Damit würde endlich der seit knapp fünf Jahren bestehende Stillstand im Bereich der amtsangemessenen Alimentation beendet und die Besoldung wieder verfassungsgemäß ausgestaltet. Die Pläne sehen dabei eine echte Modernisierung und Weiterentwicklung der Besoldung vor. Die Besoldungstabelle soll horizontal und vertikal fortentwickelt und neu justiert sowie das Grundgehalt und das Leistungsprinzip gestärkt werden.

Ziel ist es, dass „der Bund für alle Beamtinnen und Beamten – gerade auch im Sinne der Nachwuchs- und Fachkräftegewinnung – attraktiver und wettbewerbsfähiger wird. Damit würde der Bund etwa im Bund-Länder-Vergleich wieder eine Spitzenposition einnehmen“, so der dbb Bundesvorsitzende.

Gespräch mit Verkehrsminister Schnieder
Im Sanierungsstau eine Rettungsgasse bilden

dbb-Chef Volker Geyer und die Verkehrsgewerkschaften im dbb haben mit Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder über die Zukunft der Infrastruktur diskutiert.

Geyer begrüßte das angekündigte Sondervermögen für die Infrastruktur: „Die Regierung zeigt, dass sie die Lage ernst nimmt. Jetzt geht es darum, diese Mittel zügig und effektiv zu verteilen und eine langfristige Finanzierung zu sichern“, forderte der dbb-Chef bei dem gemeinsamen Gespräch mit Bundesverkehrsminister Patrick Schnieder und den dbb Verkehrsgewerkschaften am 26. August 2025. Denn in Sachen Infrastruktur besteht in vielen Bereichen enormer Handlungsbedarf: Marode Schienen, Weichen und Stellwerke, unpünktliche Bahnen sowie kaputte Straßen und Brücken kosten Zeit, Nerven und Geld. „Die verschiedenen Verkehrsträger sind nicht hinreichend ausfinanziert“, erklärte Geyer. „Beispiel Autobahn: Es fehlt an ausreichenden finanziellen Mitteln, um überhaupt den Betrieb aufrecht zu erhalten. Wir müssen endlich mit der Instandhaltung hinterherkommen. Es wird Zeit, eine Rettungsgasse durch den Sanierungsstau zu bilden.“

Die schwarz-rote Bundesregierung hatte sich im Koalitionsvertrag auf ein Sondervermögen von 500 Mrd. Euro für die Infrastruktur festgelegt. Jetzt erwarten die Gewerkschaften, dass die Regierung ihre Verteilungspläne zügig konkretisiert, damit die Verkehrsträger nicht länger im Dunkeln tappen. „Bei der Verteilung darf es untereinander keine Ellenbogenmentalität geben. Gleichzeitig dürfen die Mittel nicht nach dem Gießkannenprinzip verteilt werden“, hob Geyer hervor. Die Infrastruktur sei ein Gesamtkonstrukt, in der vieles ineinandergreift und jeder Verkehrsträger seine Daseinsberechtigung hat.

Geyer legte zudem Wert auf eine langfristige Finanzierung: „Für die Zukunft muss die Politik auch einen Plan zur Folgefinanzierung vorlegen. Die Brücken unseres Landes sollen ja nicht nur bis zum Ende der Legislaturperiode halten, sondern weit darüber hinaus. Infrastruktur ist ein dauerhaftes Unterfangen, bei

dem die Finanzierung nachhaltig gesichert sein muss."

Eine leistungsfähige Infrastruktur steigere die Zufriedenheit der Bürgerinnen und Bürger mit dem Staat und das Vertrauen in ihn. „In unserer Bürgerbefragung aus dem Jahr 2024 hielten 70 Prozent der Befragten den Staat für überfordert. Das Stimmungsbild für dieses Jahr ist noch nicht öffentlich, aber ich kann so viel verraten: Es ist nicht besser geworden." Wer schon auf dem Weg zur Arbeit mit maroder Infrastruktur konfrontiert sei, verliere zunehmend den Glauben an die Leistungsfähigkeit des Staates. Geyer weiter: „Deutschland muss in jeder Hinsicht wieder in Bewegung kommen. Die Bürgerinnen und Bürger wollen sehen, dass der Laden flüssig läuft."

Hintergrund:
Bei dem Gespräch waren auch die Vorsitzenden der Verkehrsgewerkschaften im dbb Mario Reiß (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer GDL), Hermann-Josef Siebigteroth (Fachgewerkschaft der Straßen- und Verkehrsbeschäftigten VDStra.), Dr. Andreas Pinheiro (Vereinigung Cockpit VC) und Egon Höfling (Fachverband Wasserstraßen- und Schifffahrtsverwaltung FWSV) anwesend.

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

Schleswig-Holstein
Weihnachtsgeld: Verzögerungsbeschwerde in Karlsruhe eingelegt

Im Jahr 2007 wurde den Beamtinnen und Beamten in Schleswig-Holstein das Weihnachtsgeld gestrichen. Ein Jahr später wurde Klage eingereicht, weitere zehn Jahre später wurde sie dem Bundesverfassungsgericht vorgelegt. Eine Entscheidung liegt bis heute jedoch nicht vor. Deshalb hat der dbb sh jetzt in Karlsruhe eine Verzögerungsbeschwerde eingereicht.

Der dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp sagte am 26. August: „Das ist eines Rechtsstaates zunehmend unwürdig und den Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen so nicht mehr zuzumuten." Die Verzögerungsbeschwerde sei der logische Schritt nach der vor sechs Monaten eingereichten Rüge, die bislang ignoriert wurde. Sollte die Beschwerde abgelehnt bzw. keine Wirkung entfalten, wäre das nicht mit der Europäischen Menschenrechtskonvention vereinbar. Tellkamp: „Wir sind dann bereit, den Weg zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte zu gehen!"

Doch allein das wird es nach den Befürchtungen des dbb sh nicht richten: Der gewerkschaftliche Spitzenverband für den öffentlichen Dienst sorgt sich um die Zukunft des Berufsbeamtentums. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Einschnitte, dessen Zulässigkeit viel zu lange unklar bleibt. Zu allem Überfluss sind aktuell fast täglich aus etlichen Richtungen zusätzliche Angriffe auf das Statusverhältnis zu verzeichnen, obwohl es für einen funktionieren Staat eine zentrale Rolle spielt. Dazu gehören Forderungen, Verbeamtungen deutlich zurückzufahren, die Lebensarbeitszeit zu verlängern, die Integration in die Rentenversicherung vorzunehmen oder Versorgungsfonds zu plündern. Jener soll in Schleswig-Holstein aktuell um 300 Millionen Euro „erleichtert" werden. Dabei handelt es sich „irritierenderweise ziemlich genau um den Betrag, den die Politik durch eine unbedachte Northvolt-Förderung wohl verzockt hat".

Nordrhein-Westfalen

Kritik an Diskussion über Beamtenversorgung

Nachdem der NRW- Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales Karl-Josef Laumann in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) unredliche Vergleiche zwischen gesetzlicher Rente und Versorgung von Beamtinnen und Beamten angestellt hat, reagiert der DBB NRW deutlich.

Der 1. Vorsitzende des dbb Landesbund Roland Staude sagte am 25. August 2025: „Offensichtlich hat sich Minister Laumann von der gegenwärtigen Diskussion über die Einbeziehung der Beamtenschaft in die Rentenversicherung anstecken lassen. Laumanns Einlassungen sind wenig hilfreich in der Findung eines gesamtgesellschaftlichen Konsenses. Wir sollten vielmehr zu einer Versachlichung des Diskurses zurückkehren.“ Der DBB NRW verweist darauf, dass Vertreter der Landesregierung in den letzten Wochen bereits ein klares Bekenntnis zur derzeitigen Ausgestaltung des Berufsbeamtentums abgegeben haben. So hatte NRW-Finanzminister Dr. Marcus Optendrenk öffentlich kommuniziert, dass angesichts einer stärker polarisierten Gesellschaft der Staat froh sein sollte, loyale Mitarbeiter zu haben.

Dieser Einschätzung schließt sich Staude an: „Für die Gewährleistung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung ist das Berufsbeamtentum ein rechtsstaatlicher Stabilitätsanker. Angesichts der gegenwärtigen geopolitischen Entwicklungen müssen wir vielmehr über eine generelle Ausweitung der Verbeamtung über den hoheitlichen Bereich hinaus auf die Bereiche der kritischen Infrastruktur und der allgemeinen Daseinsvorsorge nachdenken. Diese Bereiche sollten streikfrei und überparteilich sein.“

Es sei ein Versäumnis der Politik gewesen, seit dem Bundesversorgungsgesetz von 1957 nicht konsequent finanzielle Rücklagen gebildet zu haben, um eine angemessene finanzielle Absicherung der heutigen Pensionen zu gewährleisten. „Diese politischen Verfehlungen holen uns heute ein.“ Auch der Vergleich mit dem österreichischen Modell hält Staude für wenig sachgerecht: „Der Beitragssatz zur österreichischen gesetzlichen Rentenversicherung beträgt insgesamt 22,8 Prozent des Bruttogehalts und ist somit höher als der deutsche Beitrag von 18,6 Prozent. Zudem beträgt die Anspruchsfrist in Österreich 15 Jahre, wogegen in Deutschland bereits fünf Jahre für einen Leistungsbezug ab dem 67. Lebensjahr ausreichen. Das ist von der Politik so gewollt. Für daraus resultierende finanzielle Verwerfungen im deutschen Rentensystem nun die Beamtenschaft in Verantwortung zu nehmen ist schon etwas fragwürdig“, so Staude. Gerade die Beamtenschaft habe in den letzten Jahrzehnten nicht unerhebliche Beiträge zur Sicherung der Haushalte von Land und Kommunen geleistet, um die bisherigen finanzstrukturellen Versäumnisse der Politik zu kompensieren.

Mecklenburg-Vorpommern

Bahnprobleme: Arbeitsplätze in Rostock müssen gesichert werden

Der Landesvorsitzende des dbb m-v, Dietmar Knecht, und der Bezirksvorsitzende der GDL Nordost, Volker Krombholz, haben sich am 26. August 2025 mit Wirtschaftsminister Wolfgang Blank über die aktuellen Probleme des Bahnverkehrs in Mecklenburg-Vorpommern ausgetauscht.

Im Mittelpunkt standen die Themen Tariftreue im Schienenverkehr und das Tarifeinheitsgesetz, die Reaktivierung der Mecklenburger Südbahn, die Finanzierung des Deutschlandtickets, die Folgen der Generalsanierung der Strecke Hamburg–Berlin sowie die Sicherung hoher Standards bei der Lokführerausbildung. Alle Beteiligten betonten, dass eine leistungsfähige Schieneninfrastruktur Grundvoraussetzung für Mobilität, Wirtschaftskraft und gleichwertige Lebensverhältnisse sei.

Mit besonderer Besorgnis reagierten dbb, GDL und Minister auf die überraschende Ankündigung von DB Cargo, das Werk in Rostock schließen zu wollen. „Dieser Schritt gefährdet nicht nur zahlreiche qualifizierte Arbeitsplätze, sondern schwächt auch die wirtschaftliche Entwicklung einer ganzen Region. Gerade in Zeiten, in denen über die Stärkung des Schienengüterverkehrs gesprochen wird, wäre eine Schließung ein fatales Signal“, so Krombholz. Knecht ergänzte: „Die Beschäftigten in

Rostock dürfen nicht die Leidtragenden von Fehlentscheidungen des Managements sein. Wir erwarten, dass Land, Bund und Deutsche Bahn gemeinsam Verantwortung übernehmen, um den Standort und die Arbeitsplätze zu sichern.“ Blank versprach, alle politischen Möglichkeiten auszuschöpfen, um den Standort Rostock zu erhalten und die Interessen der Beschäftigten sowie der Region zu wahren.

Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL)
DB Cargo: Schließungen und Personalabbau hätte unübersehbare Folgen

Wenn bei der DB Cargo AG, wie in den Medien berichtet wird, deutschlandweit insgesamt elf Werkstätten, darunter das Werk Mainz-Bischofsheim, geschlossen werden und mindestens 170 Mitarbeiter von Entlassungen betroffen sind, ist das ein Skandal. Das teilte die GDL am 26. August 2025 mit.

„Darüber hinaus entstehen weitere massive Probleme, die nicht allein auf die DB-Cargo, sondern auch auf die anderen Eisenbahnverkehrsunternehmen abstrahlen“, ist sich der GDL Bundesvorsitzende Mario Reiß sicher. Das derzeitige flächendeckende Instandhaltungsnetz würde bei Schließung der zehn Außenstellen Rostock, Osnabrück, Magdeburg, Senftenberg, Hamburg-Billwerder, Offenburg, Ingolstadt, Regensburg, Emden und Stendell auf fünf Standorte heruntergeschrumpft. „Demzufolge ist dann zu erwarten, dass sich der Aufwand für die Zuführung von Fahrzeugen eklatant erhöhen wird“, so Reiß.

„Die Konzentration auf fünf Standorte würde einen hohen Personalverlust, und zwar über die Zahl von 170 Arbeitsplätzen hinaus, bedeuten“, so der GDL-Chef weiter. Da im Ergebnis dieser Planung ein sehr großer Teil der nutzbaren Werke geschlossen werden sollen, wird sich der Verkehr durch Leerfahrten, Zufahrten und Schadzügen in den hochbelasteten Strecken weiter erhöhen. Die daraus resultierende Streckenbelastung führt zu einer Erhöhung der Verspätungen und Stauwirkungen.

Ein solches Handeln würde die angeschlagene Wirtschaftlichkeit des Unternehmens DB Cargo weiter belasten, denn die Fahrzeugverfügbarkeit wird verringert. Das Fachpersonal wird noch ineffizienter eingesetzt und dementsprechend ein positives Unternehmensergebnis in weite Ferne gerückt. „Eine Beteiligung der Betriebsräte ist bis heute wohl nicht erfolgt, aber zwingend erforderlich“, stellte Reiß klar.

Verband Bildung und Erziehung (VBE)
Kritik an Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom Elternhaus

Laut Vorabbericht durch das ARD-Hauptstadtstudio zum Bildungsmonitor des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) seien in Folge hoher Flüchtlingszahlen ab 2015 deutlich mehr Kinder in die Schulen gekommen als zuvor geplant und hätten damit das Bildungssystem überfordert. Der Studienautor Axel Plünnecke sprach von einer „Wasserscheide“ und sagt, dass sich das System bis dahin verbessert habe, es seither aber „bergab“ gehe.

Hierzu äußerte sich der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Gerhard Brand, am 26. August 2025: „Die Ergebnisse liegen vor und sind nicht wegzureden: Nach dem Pisa-Schock 2000 gelang es, langsam und stetig bessere Ergebnisse zu erzielen. Das Bildungssystem war im Aufwind. Allerdings gelang es trotzdem nicht, das strukturelle Problem der Abhängigkeit des Bildungserfolgs vom Elternhaus ernsthaft anzugehen. Das hat schwerwiegende Folgen für die Integration einer solch hohen Anzahl an geflüchteten Kindern, wie es 2015 und dann auch 2022 notwendig war.“

Mit Blick zurück auf das Jahr 2015 sagt Brand: „Wir brauchten schnelle Lösungen für komplexe Herausforderungen. Das hieß neben der Versorgung der Ankommenden mit dem Notwendigsten, auch die Integration in Schulen.

Auf die Bewältigung einer Aufgabe dieser Größenordnung in so kurzer Zeit war das Bildungssystem nicht vorbereitet. Es ist einzig dem großen Engagement der Lehrkräfte und Schulleitungen, der Schulsozialarbeit und den Erzieherinnen und Erziehern zu verdanken, dass es den miserablen Rahmenbedingungen zum Trotz funktionierte. Wir haben damals wie heute stets darauf hingewiesen, wie die Situation vor Ort ist, wie es anders laufen müsste, welche Unterstützung für Lehrkräfte notwendig wäre – aber Politik hat sich darauf verlassen, dass Schule es schon hinbekommt. Dass das nicht ohne Reibungsverluste gelingt, muss klar sein. Im Nachhinein mit dem Finger auf Schule zu zeigen, und die enorme Leistung schlechtzureden, ist nicht der richtige Weg. Mit den Rahmenbedingungen, die wir hatten, haben wir die ankommenden Kinder insbesondere 2015 und auch 2022 bestmöglich integriert.“ Die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von den Möglichkeiten und Gegebenheiten im Elternhaus kritisierend, erläutert der VBE Bundesvorsitzende: „Eines der spannendsten Ergebnisse ist doch, dass es nicht das Merkmal ‚Migrationshintergrund‘ ist, dass eine direkte Korrelation zu schlechteren Bildungsergebnissen aufweist, sondern der ökonomische Status des Elternhauses und die Möglichkeit, dort Deutsch zu sprechen. Das sind Faktoren, bei denen wir ansetzen müssen. Bildung ist kein Luxusgut, sondern das Recht eines jeden in Deutschland lebenden Kindes.“

Namen und Nachrichten

Am 25. August 2025 haben Vertreter des dbb und der Freien Hansestadt Bremen ein Sondierungsgespräch über eine Zulage für die Landesbeschäftigten in Bremen geführt. Für die Hansestadt nahmen der Senator für Finanzen Björn Fecker und Staatsrat Martin Hagen an dem Gespräch teil, für den **dbb** Andreas Hemsing, Zweiter dbb Vorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik, sowie Olaf Wietschorke, Landesvorsitzender des dbb bremen. Hintergrund des Gesprächs war die Tarifeinigung mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder aus dem Jahr 2023, in der Gespräche über eine Zulage für die Landesbeschäftigten in Bremen und Hamburg ab Juli 2025 vereinbart worden waren. Für den dbb führte Andreas Hemsing aus: „Die Bremer Tarifbeschäftigten erwarten einen zügigen Verlauf der Gespräche über die Zulage. Das Niveau der Lebenshaltungskosten ist auch in Bremen nach wie vor hoch und die Arbeitsbelastung steigt weiter. In den Stadtstaaten kommt eine verschärfte Konkurrenzsituation mit den TVöD-Beschäftigten hinzu. Eine Zulage soll dabei helfen, all das abzufedern.“ Olaf Wietschorke ergänzte: „Selbstverständlich setzt sich der dbb bremen dafür ein, dass von einer tariflichen Zulage dann auch die Beamtinnen und Beamten in Bremen profitieren.“ Über die weiteren Entwicklungen werden wir jeweils aktuell informieren.

tbb-Chef Frank Schönborn war am 28. August 2025 gemeinsam mit dem Vorstand des Gerichtsvollzieherbund (DGVB) Thüringen zum Gespräch im Thüringer Ministerium für Justiz, Migration und Verbraucherschutz (TMJMV). Anlass waren die Haushaltsaufstellungen für den Doppelhaushalt 2026/27 und dem Bekanntwerden von Stellenstreichungen, insbesondere von Beförderungsstellen. Die Laufbahn der Thüringer Gerichtsvollzieher umfasst die Besoldungsgruppen A8 und A9. Fehlende Beförderungsmöglichkeiten führen dazu, dass zahlreiche Beamtinnen und Beamte mit ihrem Eingangsamt in die Pension gehen. Eine seitens der Gewerkschaft immer wieder angeführte Kritik, welche auch in den vergangenen Jahren wenig Gehör in der Justizverwaltung und Politik fand.